



PRESSEMITTEILUNG

Angriff der USA und Israels auf Iran – IRH warnt vor Flächenbrand und fordert Rückkehr zu Recht und Diplomatie

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) verurteilt die militärischen Angriffe der USA und Israels auf den Iran in aller Deutlichkeit. Diese Angriffe sind völkerrechtswidrig, gefährden den internationalen Frieden und drohen die gesamte Region in einen unkontrollierbaren Flächenbrand zu ziehen.

Das Völkerrecht gilt universell – ohne Ausnahme. Wer es selektiv anwendet, untergräbt die Glaubwürdigkeit der internationalen Ordnung.

Angriff im Ramadan – Missachtung religiöser Sensibilität

Besonders schwer wiegt, dass dieser Angriff im Fastenmonat Ramadan erfolgte – einer heiligen Zeit der Besinnung und des Friedens für fast zwei Milliarden Muslime weltweit.

Ein bewusst gewählter militärischer Angriff in dieser sensiblen Phase wird von Muslimen als Missachtung ihrer religiösen Werte empfunden. Militärische Eskalation im Ramadan fördert nicht Sicherheit und Frieden, sondern verschärft Spannungen und Feindbilder – und liegt weder im Interesse der Menschen in der Region noch im langfristigen Interesse Israels oder der USA.

Schutz von Zivilisten und Ablehnung gezielter Tötungen

Nach vorliegenden Berichten wurden bei einem israelischen Luftangriff im Süden Irans über hundert Schülerinnen in einer Mädchenschule getötet. Die Tötung unschuldiger Kinder ist durch nichts zu rechtfertigen. Kein sicherheitspolitisches Argument, kein geopolitisches Kalkül und kein strategischer Vorwand kann die Tötung von Kindern und Zivilisten legitimieren.

Ebenso verurteilen wir gezielte, völkerrechtswidrige Angriffe auf politische oder religiöse Führungspersonlichkeiten sowie staatliche Repräsentanten. Extralegale Tötungen und gezielte Liquidierungen dürfen kein akzeptiertes Mittel internationaler Politik werden. Eine solche Praxis stellt eine gefährliche Erosion des internationalen Rechts dar.

Kritik an europäischer Einseitigkeit und Appell an den Bundeskanzler

Wir kritisieren ausdrücklich, dass in der gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz, Präsident Emmanuel Macron und Premierminister Keir Starmer ausschließlich Iran verurteilt wurde, während eine klare Verurteilung der völkerrechtswidrigen Angriffe der USA und Israels ausblieb.

Diese Einseitigkeit führt faktisch zu einer problematischen Verschiebung der Verantwortung: USA und Israel haben militärische Angriffe auf iranisches Staatsgebiet begonnen, während Iran der angegriffene Staat ist. Wer in einer solchen Situation ausschließlich die Reaktion des Angegriffenen verurteilt, ohne den ursprünglichen militärischen Angriff klar zu benennen, verwischt die Unterscheidung zwischen Angreifer und Angegriffenem.

Diese Haltung steht im Widerspruch zu den europäischen Grundwerten und zur sonst entschlossenen Berufung auf das Völkerrecht im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wer russische Aggression verurteilt, muss auch andere völkerrechtswidrige Angriffe verurteilen – unabhängig von politischen Bündnissen.

Wir möchten an dieser Stelle Herrn Bundeskanzler Merz an seine eigenen Worte auf der Münchener Sicherheitskonferenz erinnern. Dort warnte er vor einer Welt, in der das „Recht des Stärkeren“ wieder zur Norm wird. Diese Warnung war richtig und notwendig.

Doch diese Klarheit vermissen wir, wenn es um den völkerrechtswidrigen Angriff der USA und Israels auf den Iran geht. Wer das Völkerrecht im Falle Russlands mit Nachdruck verteidigt, darf bei vergleichbaren Rechtsbrüchen nicht schweigen oder relativieren. Genau diese doppelten Maßstäbe untergraben die Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Außenpolitik.

Wir rufen den Bundeskanzler zur politischen Glaubwürdigkeit auf. Deutschland sollte sich gemeinsam mit der Europäischen Union und verantwortungsbewussten Staaten weltweit für eine internationale Ordnung einsetzen, in der nicht militärische Stärke entscheidet, sondern das Recht. Nicht die Macht soll Recht haben – sondern das Recht soll die Macht haben.

Das Völkerrecht muss für alle Staaten gelten – ohne Ausnahme.

Kritik an der US-Regierung und Präsident Donald Trump

Die Politik der US-Regierung unter Donald Trump steht in einem deutlichen Widerspruch zu dem Anspruch, als „Friedensbringer“ aufzutreten.

Während in Oman diplomatische Gespräche liefen, erfolgte der militärische Angriff. Das Sultanat Oman kritisierte ausdrücklich, dass aktive und ernsthafte Verhandlungen untergraben worden seien. Diese Kritik teilen wir.

Wer während laufender Verhandlungen bombardiert, untergräbt Vertrauen und Diplomatie. Die US-Regierung hat sich damit erkennbar dem militärischen Eskalationskurs und dem Kriegswahn der israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu angeschlossen und den Weg der Konfrontation statt den Weg der Diplomatie gewählt.

Appell an die iranische Führung und das iranische Volk

Gleichzeitig richten wir einen Appell an die politische und religiöse Führung Irans:

Dauerhafte Stabilität kann nur durch Dialog, Reformbereitschaft und gesellschaftliche Versöhnung entstehen. Eine Veränderung politischer Strukturen in Iran kann jedoch ausschließlich vom iranischen Volk selbst ausgehen – nicht durch militärische Intervention von außen.

Zugleich appellieren wir an alle Seiten in Hessen und Deutschland, ihr Versammlungsrecht friedlich und verantwortungsvoll wahrzunehmen. Hass und Gewalt dürfen keinen Platz in unserem demokratischen Rechtsstaat haben.

Nicht Hass und Gewalt, sondern Dialog ist die Lehre dieser Stunde.

Unsere Grundsatzposition

Die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen steht:

- gegen Angriffskriege – von welchem Staat auch immer
- gegen gezielte extralegale Tötungen politischer oder religiöser Führungspersonen
- gegen das „Recht des Stärkeren“
- für die Unantastbarkeit der Menschenwürde
- für den Schutz jedes einzelnen Lebens
- für eine Weltordnung, in der das Recht die Macht begrenzt

Die Region steht an einem gefährlichen Wendepunkt.

Wir entscheiden uns klar für Diplomatie statt Bomben, für Recht statt Macht, für Dialog statt Eskalation.

Aus dieser Haltung heraus richten wir folgenden dringenden Appell an alle unmittelbar beteiligten Staaten:

Schlussappell

Als Religionsgemeinschaft fühlen wir uns dem Schutz des Lebens, der Menschenwürde und dem Frieden verpflichtet. Im Islam gilt das Leben eines einzigen unschuldigen Menschen als so wertvoll wie das Leben der ganzen Menschheit.

Wir rufen die Regierungen der USA, Israels und Irans mit allem Nachdruck auf, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen und zu einem ernsthaften, aufrichtigen Dialog zurückzukehren. Wahrer Frieden entsteht nicht durch militärische Überlegenheit, sondern durch Gerechtigkeit, gegenseitige Sicherheit und die Achtung des Völkerrechts. Die Völker der Region – und die Weltgemeinschaft – brauchen keine weitere Eskalation, sondern eine Politik der Vernunft, der Verantwortung und des Respekts.

02. März 2026

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH)